



Vier Jahre nach Beginn des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine rückt die diplomatische Bühne erneut nach Paris. Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj wird am Freitag vom französischen Staatspräsidenten Emmanuel Macron empfangen. Das Treffen findet in einer Phase statt, in der sich militärische Fronten weitgehend verfestigt haben und gleichzeitig die Suche nach politischen Auswegen intensiver wird. Während Paris und seine europäischen Partner den Druck auf Moskau weiter erhöhen wollen, warnt der Kreml bereits vor einer Gefährdung möglicher Friedensbemühungen.

Diplomatie im Schatten eines langen Krieges

Der Besuch Selenskyjs in Paris ist Teil einer intensiven diplomatischen Aktivität europäischer Staaten, die seit Monaten versuchen, die militärische und politische Unterstützung für die Ukraine zu stabilisieren. Laut Angaben des Élysée-Palastes wollen Macron und Selenskyj vor allem über Maßnahmen sprechen, mit denen der Druck auf Russland verstärkt werden kann.

Im Zentrum der Gespräche steht unter anderem der Kampf gegen die sogenannte „Schattenflotte“ Russlands. Dabei handelt es sich um eine Vielzahl von Tankschiffen, die häufig unter wechselnden Flaggen operieren und genutzt werden, um internationale Sanktionen gegen russische Energieexporte zu umgehen. Diese Schiffe transportieren russisches Öl meist über indirekte Handelswege und ermöglichen Moskau so weiterhin erhebliche Einnahmen aus dem Energiesektor.

Frankreich und andere europäische Staaten sehen darin eine der zentralen Schwachstellen der bisherigen Sanktionspolitik. Durch strengere Kontrollen, zusätzliche Sanktionen gegen beteiligte Reedereien sowie Versicherungs- und Finanzdienstleister soll dieses System künftig stärker eingeschränkt werden.

Aus Moskau kam umgehend Kritik. Kremlsprecher Dmitri Peskow erklärte, das Treffen zeige erneut, dass die ukrainische Führung einen Kurs verfolge, der mögliche Friedensverhandlungen erschwere. Aus russischer Sicht würden zusätzliche Sanktionen oder militärische Unterstützungsmaßnahmen den Konflikt weiter verlängern.

Die „Koalition der Willigen“ und Europas



Sicherheitsarchitektur

Ein weiterer Schwerpunkt der Gespräche in Paris betrifft die sogenannten Sicherheitsgarantien für die Ukraine. Diese werden derzeit im Rahmen einer internationalen Gruppe diskutiert, die informell als „Koalition der Willigen“ bezeichnet wird und rund 35 Staaten umfasst.

Diese Länder unterstützen Kiew politisch, wirtschaftlich und militärisch und beraten zugleich über langfristige Sicherheitsmechanismen für die Zeit nach einem möglichen Waffenstillstand oder Friedensabkommen. Zu den diskutierten Optionen gehört etwa die Entsendung einer multinationalen Stabilisierungstruppe in die Ukraine, sobald ein Friedensvertrag geschlossen wird.

Ein solcher Einsatz würde jedoch nicht als klassische NATO-Mission organisiert, sondern als internationale Koalition mit Beteiligung europäischer Staaten. Washington signalisiert dabei Unterstützung, insbesondere bei der technischen Überwachung eines möglichen Waffenstillstands.

Ein solches Modell würde mehrere Ziele verfolgen: Zum einen soll es der Ukraine Sicherheit garantieren, ohne sofort eine formale NATO-Mitgliedschaft zu erfordern. Zum anderen soll es Russland signalisieren, dass ein erneuter Angriff auf die Ukraine mit einer unmittelbaren internationalen Reaktion verbunden wäre.

Allerdings ist die praktische Umsetzung dieser Idee politisch und militärisch komplex. Viele europäische Regierungen stehen vor der Frage, ob sie tatsächlich bereit wären, Truppen in ein Land zu entsenden, dessen Konflikt mit Russland jederzeit wieder eskalieren könnte.

Skepsis gegenüber einer schnellen Friedenslösung

Trotz diplomatischer Initiativen bleibt die Aussicht auf einen raschen Frieden begrenzt. Macron hatte bereits im Februar öffentlich erklärt, er sei „sehr skeptisch“, dass kurzfristig eine politische Lösung erreicht werden könne.

Diese Einschätzung spiegelt eine weit verbreitete Analyse unter europäischen Sicherheitsstrategen wider. Nach vier Jahren Krieg haben sich sowohl militärische als auch politische Positionen stark verhärtet. Russland kontrolliert weiterhin bedeutende Teile der ukrainischen Gebiete im Osten und Süden, während die ukrainische Regierung auf der



vollständigen Wiederherstellung ihrer territorialen Integrität besteht.

Hinzu kommt, dass der Krieg längst über die Ukraine hinausreichende geopolitische Auswirkungen hat. Energiepreise, globale Handelsrouten und militärische Bündnisse wurden durch den Konflikt nachhaltig beeinflusst.

Streitpunkt Sanktionen und Energiepolitik

Parallel zu den europäischen Gesprächen sorgt auch die internationale Energiepolitik für neue Spannungen. US-Präsident Donald Trump hatte kürzlich angedeutet, dass angesichts steigender Ölpreise – unter anderem infolge der Konflikte im Nahen Osten – eine Lockerung bestimmter Energiesanktionen denkbar sei.

Diese Aussage löste in europäischen Hauptstädten sofort Besorgnis aus. Die Staaten der G7 bekräftigten daher in einer gemeinsamen Erklärung, dass die aktuelle Lage auf den Energiemärkten keinesfalls eine Lockerung der Sanktionen gegen Russland rechtfertige.

Für viele europäische Regierungen gilt die Sanktionspolitik weiterhin als eines der wichtigsten Instrumente, um Moskau wirtschaftlich unter Druck zu setzen. Gleichzeitig zeigt die Debatte, wie stark geopolitische Konflikte mittlerweile miteinander verflochten sind. Entwicklungen im Nahen Osten, auf den globalen Energiemärkten oder in der US-Innenpolitik wirken sich unmittelbar auf den Ukrainekrieg aus.

Europas Rolle im strategischen Machtgefüge

Das Treffen zwischen Macron und Selenskyj verdeutlicht auch eine tiefere strategische Verschiebung innerhalb des transatlantischen Bündnisses. Während die Vereinigten Staaten weiterhin eine zentrale Rolle spielen, versuchen europäische Staaten zunehmend, ihre eigene sicherheitspolitische Handlungsfähigkeit auszubauen.

Frankreich positioniert sich dabei bewusst als diplomatischer Knotenpunkt. Paris bemüht sich seit Beginn des Krieges, militärische Unterstützung, diplomatische Initiativen und langfristige Sicherheitskonzepte miteinander zu verbinden.

Für die Ukraine bleibt diese europäische Unterstützung existenziell. Gleichzeitig hängt die strategische Zukunft des Konflikts weiterhin stark von Entscheidungen in Washington ab –



etwa in Bezug auf militärische Hilfe, Sanktionen oder mögliche Vermittlungsinitiativen.

Vier Jahre nach Kriegsbeginn zeigt sich damit ein paradoxes Bild: Einerseits sind internationale Unterstützungsstrukturen für die Ukraine stabiler und koordinierter als in den ersten Kriegsmonaten. Andererseits scheint eine politische Lösung weiter entfernt als je zuvor. Der Besuch Selenskyjs in Paris steht deshalb exemplarisch für eine Diplomatie, die weniger auf unmittelbare Friedensverhandlungen abzielt als auf die langfristige Gestaltung der europäischen Sicherheitsordnung.

Autor: Andreas M. Brucker